



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,
sehr geehrter Herr BM Brenner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Große Themen beschäftigen uns momentan. Zum einen ist dies der erforderliche Neubau des Rathauses, zum anderen ist dies nach wie vor der Ausbau der Kinderbetreuung mit dem Neubau verschiedener Kindergärten, die teilweise zu marode waren, um sie zu sanieren. Andere müssen aufgrund der neu zu schaffenden Plätze neu gebaut oder ausgebaut werden. Weiterhin werden große Mittel in die Schulen investiert, sei es in die Ausstattung oder auch in den Brandschutz.

All diese Investitionen sind notwendig und wichtig: Beim Rathaus - leider - aufgrund äußerer Zwänge, weil es aus Sicherheitsgründen nicht mehr weiter genutzt werden kann. Und bei der Kinderbetreuung für eine zukunftsfähige Familienpolitik.

Leider führen diese Investitionen aber auch zu einer sehr hohen Verschuldung, im Jahr 2016 liegen wir bei über 100 Millionen alleine im Kernhaushalt, die zusätzlichen Schulden unserer Eigenbetriebe sind hier noch gar nicht mit eingerechnet.

Spielräume haben wir aufgrund der notwendigen Investitionen nur wenige. Aber es gilt, alle Investitionen auf den Prüfstand zu stellen, ich möchte hier stellvertretend den Rückkauf der Straßenbeleuchtung nennen, wo wir aufpassen müssen, nicht einen überbezahlten Preis zu zahlen. Aber auch bei anderen Investitionen, wie dem Parkhaus am Bahnhof, muss der Kostenplan noch mal überprüft werden. Wurde doch die Sanierung in der Parkkaverne am Marktplatz - nachdem wir darauf gedrängt haben, dies nochmals zu überprüfen – plötzlich extrem viel günstiger.

Meine Damen und Herren, aber nicht nur die Investitionen sind ein Thema, das umfassend diskutiert wird. Letztes Jahr wurde eine **Organisationsuntersuchung** auf den Weg gebracht. Der GABL ist es wichtig, dass Prozesse und Abläufe untersucht und optimiert werden. Wir wollen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfangreich beteiligt werden, wir wollen, dass deren Stärken und damit die vorhandenen Ressourcen optimal genutzt werden. Im Ergebnis ist bisher nur hauptsächlich von Ist- und Soll-Stellen die Rede. Es ist aber wichtig, dass bei Mitarbeitern nicht Verunsicherung und Frustration erzeugt wird.

Beim Stichwort Organisation möchte ich auch auf das Thema **Ratsinfosystem** kommen. Wir wollen hier keine teuren Lösungen, aber es muss Lösungen geben, spätestens nach der Kommunalwahl. Auch die Vorbereitungs- und Informationswege von Gemeinderäten müssen verschlankt werden, indem u.a. Drucksachen online zur Verfügung stehen und die Kommunikation zwischen Verwaltung und Gemeinderat modernen Ansprüchen genügt.

Ich komme zu einem weiteren organisatorischen Thema mit der Überschrift

Den Bauhof stärken:

Wir beobachten mit großer Sorge die Entwicklung beim städtischen Bauhof. Wir sind der Meinung, dass die Stadt einen guten Bauhof braucht. Hier ist ganz dringend

Handlungsbedarf und es müssen u.U. auch strukturelle Veränderungen bei der Organisation überdacht werden. Den Bauhof immer weiter auszudünnen, was z.B. zu teuren Fremdvergaben bei Zuarbeiten zu städtischen Festen wie dem Jubiläum, Pferdemarkt, Kinder- und Jugendtagen - um nur einige zu nennen - führen wird, ist für uns keine Lösung. Wir müssen unseren Bauhof stärken, und dafür sorgen, dass es auch für junge Menschen attraktiv bleibt, bei unserem Bauhof zu arbeiten.

Apropos junge Menschen, mein nächstes Thema ist die **Förderung der Jugendbeteiligung**: Jugendliche sollen bei kommunalen Prozessen beteiligt werden – dies soll in Zukunft stärker in der Gemeindeordnung verankert werden. Aber Jugendbeteiligung kann man sich nicht backen, sie muss gefördert und unterstützt werden, wie ein zartes Pflänzchen. Und es gibt bereits etliche zarte Pflänzchen hier in der Stadt. Diese zusammen zu bringen und weitere Jugendliche für die Beteiligung in der Kommune zu begeistern, geht nicht nebenher, es müssen Konzepte entwickelt und Projekte durchgeführt werden.

Aus diesem Grund fordern wir die Aufstockung der Stelle im Stadtjugendreferat um 25%. Und vielleicht, ganz vielleicht steht sogar am Ende dieses Prozesses die Einrichtung eines Jugendgemeinderates als Beteiligungsform. Wobei es bei der Größe unserer Stadt sicherlich bessere Möglichkeiten gäbe, aber das wird der Prozess dahin dann auch zeigen.

Ein weiteres Thema ist die **Gleichstellung**:

Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten wurde vor einigen Jahren abgeschafft. Aber Gleichstellung kann nicht nebenher erledigt werden. Dass Frauen in der Demokratie ein selbstverständliches Recht auf gleiche Teilhabe im Arbeitsleben, in der Gesellschaft, in der Politik und am Wohlstand haben, ist im Grundgesetz und in EU Richtlinien formuliert. Daher brauchen wir eine Gleichstellungsbeauftragte mit 50% Stellenanteil, die dafür sorgt, dass dieses Recht auch in der Kommune umgesetzt wird.

Zur Finanzierung: Wir fordern ein, dass die Stadthalle den eigentlich längst beschlossenen Kostendeckel wieder einhält, dann ist die Finanzierung der Stellenanteile für die Jugendbeteiligung und die Gleichstellungsbeauftragte gesichert.

Meine Damen und Herren: Und nun noch bevor ich an meinen Kollegen Bernd Murschel übergebe, einige kurze Sätze zum Thema Krankenhaus: Wir brauchen hier vor Ort ein Krankenhaus zur wohnortnahen Versorgung. Es muss ein Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung einschließlich der spezialisierten Kompetenzzentren bleiben. Gemeinsam müssen wir darauf hinwirken, dass unser Krankenhaus auch in den nächsten Jahren attraktiv und zukunftsfähig bleibt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,
sehr geehrter Herr BM Brenner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Leonberg ist und bleibt eine besondere Stadt. Das zeigt sich gerade, wenn man die 24 großen Kreisstädte in der finanzstarken Region Stuttgart vergleicht.

23 Millionen Gewerbesteuer für 2014, das ist ein Platz im oberen Drittel

27 Millionen Einkommensteueranteil, das reicht wieder für einen Spitzenplatz

Dem gegenüber stehen allerdings auch erhebliche Risiken, die wie in den vergangenen Jahren die strukturellen Probleme des städtischen Haushalts aufzeigen. Mit einem weiteren Anstieg der Verschuldung auf rund 100 Millionen in 2016 werden die Gesamtschulden pro Einwohner bei über 2.200 Euro liegen und damit doppelt so hoch wie der Durchschnitt der 24 Kreisstädte in der Region sein.

„Die Flucht in die Kassenkredite“ ist bundesweit für Kommunen das Mittel der Wahl. Niedrige Zinssätze verführen zu Investitionen, die unter anderen Rahmenbedingungen wohl kaum angepackt worden wären. Sanierung des Hallenbads, Neubau des Rathauses mit einer Aufwertung des historischen Rathauses, Investitionen in Kindergärten und Schulen, nicht alles davon wird man als nicht abwendbare Pflichtaufgabe einstufen können.

Rentierlich sind solche Investitionen langfristig dann, wenn damit ein Effizienzgewinn einhergeht.

Meine Damen und Herren, die GABL hat es in allen Haushaltsreden betont: Leonberg hat die Funktion eines Mittelzentrums und wird diese daraus resultierenden Aufgaben im Zusammenwirken mit den Nachbarkommunen in der Region übernehmen. Unsere Herausforderung ist es, die Stadt und ihre Ortsteile attraktiv für Menschen, für Familien mit Kindern und dem durch die Demographie zunehmenden Anteil älterer Menschen zu machen. Daher sagt die GABL „ja“ zu Investitionen in die Zukunft. Zukunft bedeutet aber nicht lediglich Beton und Asphalt, sondern es sind auch weiche Standortfaktoren ein ganz entscheidendes Kriterium.

Leonberg ist noch weit davon entfernt eine Wohlfühlstadt zu sein. Zu offensichtlich prallen die Gegensätze aufeinander.

Eine hochfrequentierte Autobahn von Nord nach Süd und von West nach Ost. Mittelständische innovative Unternehmen neben Weltmarktführern wie Thales in Ditzingen, das Bosch Forschungszentrum in Renningen oder das Entwicklungszentrum von Porsche in Weissach. Das sind hochqualifizierte Arbeitsplätze, dahinter stehen Menschen und Familien, die ein Lebensumfeld suchen, das attraktiv ist und das beste Chancen für ihre Kinder bietet. Die Kehrseite dieser Medaille ist ein enormer Druck auf die Fläche, verbunden mit hohen Bodenpreisen. Nicht jeder kann sich dies leisten und es sind die sozial Schwachen, die dann die Leidtragenden sind.

Das heißt, Leonberg muss sich im Wettbewerb der Gemeinden positionieren. Als Stadt mit besten Bildungseinrichtungen, als Stadt mit hoher Wohnqualität, als eine fahrradfreundliche Stadt, in der man sich ohne Gefahren bewegen kann, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Es ist allerdings ein schwieriger Weg genau dort hinzukommen. Und es erfordert kluge Entscheidungen, gerade beim Einsatz der finanziellen Mittel.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich daher eher stichwortartig aufzeigen, wie die GABL-Fraktion in die Zukunft investieren will. Wie wir als grüne Fraktion den Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen wirtschaftlicher Prosperität und hoher Lebensqualität erreichen wollen.

Wir wollen den eingeschlagenen Kurs bei der Radwegekonzeption beschleunigen. Daher sollen die Mittel für den Radwegeausbau um 100.000 € auf 300.000 € erhöht werden.

Die anstehenden Neuregelungen für den ÖPNV wollen wir nutzen, um Linienverbindungen zu optimieren und damit das innerstädtische Angebot und die Anbindung der Stadt zu den Teilorten, dem Umland und der Landeshauptstadt verbessern. Wir verstehen dies als einen frühzeitigen Verhandlungsauftrag der Stadt mit dem Landkreis, der Region und der Stadt Stuttgart.

Lärm und Luftschadstoffbelastung bleiben in der Stadt ein Dauerthema. Daher fordern wir, dass der Lärmaktionsplan und der Luftreinhalteplan fortgeschrieben und mit wirksamen Maßnahmen versehen werden. In diesem wie auch in den vergangenen Jahren, ist die Luftschadstoffbelastung mit über 60 µg/m³ mehr als 150% über dem Grenzwert. Und dies ist nicht alleine das Resultat der Autobahn, sondern insbesondere des Ziel- und Quellverkehrs in der Stadt.

Meine Damen und Herren, Leonberg muss aktiver werden im Bereich Energieeinsparung und Klimaschutz. Die Stadtwerke mit Leo-Energie sind nicht nur eine finanzwirtschaftliche Organisationsstruktur. Sie sind vielmehr auch Umsetzungsinstrument für eine nachhaltige Energiewirtschaft. Das muss die Stadt bei ihrem Anteilspartner der EnBW einfordern. Von unserer Seite heißt dies, keine Investitionsmittel aus dem städtischen Haushalt für den Erwerb abgeschriebener Windkraftanlagen. Stattdessen wollen wir in neue, effiziente und regionale Energieerzeugung einsteigen. Wozu auch das vom Landkreis konzipierte Windrad auf der Erddeponie zählt.

Abschließend ein paar Worte zur Stadtplanung. Herr Baubürgermeister Brenner, die GABL-Fraktion unterstützt Sie, bei neuen Planungsgrundsätzen für unsere Stadt. Wir brauchen wieder eine klare erkennbare Linie, wie in der Stadt gebaut wird und wo. Dabei dürfen nicht die Interessen der Investoren im Focus stehen, sondern die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Beispielhaft genannt sei das seit Jahren brachliegende Bausparkassenareal. Weil Gemeinderat und Verwaltung alles in die Hände der Investoren gelegt haben, können wir heute nur zuschauen und darauf warten, dass etwas passiert. Glücklicherweise ist der ursprünglich völlig überdimensionierte Ansatz von tausenden Quadratmetern Verkaufsfläche vom Tisch.

Stichwort „Gestaltung“. Die GABL-Fraktion stellt einen Prüfantrag zum Thema „sozialer Wohnungsbau“ an die Verwaltung. Ohne städtische Wohnreserven kann auf Situationen, wie der Anstieg der Asylbewerberzahlen, nicht adäquat geantwortet werden. Temporäre Wohncontainer am Stadtrand sind keine Lösung. Auch führt die Entwicklung der Mietpreise dazu, dass immer mehr Geringverdiener auf dem "normalen" Wohnungsmarkt nicht mehr zum Zuge kommen. Desweiteren sollen Möglichkeiten und Wege erarbeitet werden, in welcher Form die Stadt in Zukunft darauf hinwirken kann, dass bei der Erschließung neuer Wohngebiete auch Wohnraum für sozial schwächere Gruppen der Gesellschaft entsteht.

Zu einer aktiven Bodenpolitik gehören auch neue Wohnformen. Wir unterstützen ausdrücklich das Projekt „Mehrgenerationenhaus“ am jetzigen Elly-Heuss-Knapp-Kindergarten. Dieses Projekt verbindet gleich drei wichtige Ziele: es ist generationenübergreifend, inklusiv, da Menschen mit und ohne Behinderungen darin wohnen werden und schließlich sozial, da bezahlbarer Wohnraum auch für weniger Wohlhabende und Alleinerzieher geschaffen wird.

Stichwort Rathaus. Der Neubau des Rathauses am jetzigen Standort ist konzeptionell mit der Zukunft des historischen Rathauses und der Altstadt verknüpft. Die GABL-Fraktion strebt eine maximale Belegung des historischen Gebäudes mit „Frequenzbringern“ für die Altstadt, nämlich Bürgeramt, KESS, Standesamt und I-Punkt an - ohne einen teuren Anbau auf der Rückseite.

Und beim neuen Rathaus muss vor dem Hintergrund unserer immensen Schuldenlast deutlich erkennbar sein, dass mit den Steuermitteln der Bürger/innen behutsam und nachhaltig umgegangen wurde.

Wir danken der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltsplans und freuen uns auf die weitere gemeinsame Debatte.